

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbr. d

Inhalt

Willi Görlach zur Wallmann-Berufung ins Kohl-Kabinett: Hilflöser Verzweiflungsakt.
Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB zum Profil des künftigen Umweltministers Wallmann: Ein energischer Verfechter der Kernkraft.
Seite 2

Hans Kolo MdL zur Einstellung des Verfahrens gegen die bayerischen Minister Dick und Hillermeier: Für einen Rechtsstaat skandalös.
Seite 4

Heinz Menzel MdB zur Lage im „Revier“: Bund muß zur Bewältigung der Probleme beitragen.
Seite 5

41. Jahrgang / 103

4. Juni 1986

Hilflöser Verzweiflungsakt

Zur Wallmann-Berufung ins Kohl-Kabinett

Von Willi Görlach

Stellvertretender Vorsitzender der umweltpolitischen Kommission der SPD
Hessischer Minister

Die Berufung des CDU-Politikers Walter Wallmann zum neuen Minister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Kabinett Kohl ist ein hilflöser Verzweiflungsakt der derzeitigen Bonner Regierung angesichts der kurz bevorstehenden Wahl in Niedersachsen. Außerdem ist die Berufung eine schallende Ohrfeige für den Bundesminister Zimmermann, dem damit selbst von seinem eigenen Bundeskanzler die blanke Unfähigkeit bescheinigt wird.

Es ist daran zu erinnern, daß die SPD Hessen-Süd seit langem ein Umweltministerium auf Bundesebene gefordert hat, damit diese wichtige Zuständigkeit in einer Hand zusammengefaßt ist. Wer aber angesichts der Katastrophe des Atomkraftwerks in Tschernobyl einen nachweislich glühenden Atomkraftverehrer wie Wallmann und nicht zum Beispiel einen skeptischeren CDU-Politiker wie Kurt Biedenkopf an die Spitze eines solchen Ministeriums beruft, zeigt, daß er in Wahrheit nicht Umweltschutz, sondern kurzatmige Stimmenfängerei betreiben will.

Die niedersächsischen Wähler werden sich von einem darartigen taktischen Manöver allerdings nicht beirren lassen und Wallmann als Feigenblatt der Bundesregierung für deren unterlassene Umweltschutzpolitik nicht akzeptieren. Was Wallmann als „Kapital“ in sein neues Amt einbringen kann, sind seine Frankfurter Lokalkenntnisse und seine Verbindungen zu der dortigen Industrie.

Nachdem Wallmann bereits bei der vergangenen Kommunalwahl erhebliche Stimmeneinbußen für seine Fehlleistungen hat einstecken müssen, hat offensichtlich für ihn jetzt auch persönlich kein Zweifel mehr daran bestanden, daß er die nächste Kandidatur zum Frankfurter Oberbürgermeister nicht mehr überstehen würde. Deshalb ist er nun kurzerhand auf den talwärts fahrenden Zug von Helmut Kohl aufgesprungen. (-/4.6.1986/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
mit dem Abonnement
Sozialdemokratischer
Pressedienst



An seinen Taten sollt ihr ihn erkennen

Der künftige Umweltminister Wallmann ist ein energischer Verfechter der Kernkraft

**Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Mitglied des Arbeitsbereichs Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion**

Fast pünktlich zum „Tag der Umwelt“ hat die Bundesrepublik einen Umweltminister erhalten. Aber es ist wohl schwerlich der 1972 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufene Mahntag, der 5. Juni, gewesen, noch die bedrängte Lage der Umwelt selbst, die den entscheidungsträgen Kanzler zum Handeln veranlaßt haben, - nein, der 15. Juni, der drohende Tag der Niedersachsen-Wahl, hat diese Überraschungstat bewirkt. Um das Wählervolk günstig zu stimmen, um gleichzeitig die überlange Versagerliste des amtierenden Innenministers, die von Buschhaus über den Katalysator bis zum Wegtauchen bei der radioaktiven Strahlung reicht, vergessen zu machen und um schließlich auch noch die bislang vergeblich geforderte Führungskraft zu beweisen, hat Kohl zugeschlagen.

Ein Nackenschlag für Zimmermann, gewiß - ein Zuschlag für die notleidende Umwelt? Daran darf füglich gezweifelt werden; denn der Frankfurter Oberbürgermeister ist ein energischer Verfechter der Kernenergie, er will am Atomkurs der Bundesregierung unbeirrt festhalten. Auch als früherer Bundestagsabgeordneter hat Wallmann nie Zeugnis für besondere umweltpolitische Sensibilität abgelegt. Und schließlich können die Frankfurter ein Lied davon singen, daß der kommunale Umweltschutz nicht sein spezielles Hobby war; statt Grünanlagen und Radwege haben Betonpolitik und Stadtautobahnen (Alleen-Tunnel!) den Vorzug erhalten.

Es wird sich zeigen müssen, ob diese Benennung nur eine symbolträchtige Geste ist oder ob die Sorgen der Bürger um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen künftig ernster genommen werden.

Alle Fragen sind offen:

- Weiß der neue Umweltminister, daß es mit der sinn- und gedankenlosen Vergeudung von Naturgütern ein Ende haben muß, mit dem Landschaftsverbrauch, der überzogenen Autobahnpolitik, der Rohstoff- und Energieverschwendung?



- Hat der neue Minister begriffen, daß Verdünnungs- und Verteilungspraktiken bei Umweltgiften nicht länger tolerierbar sind, daß (faule) Katalysatorkompromisse dem Wald mehr schaden als nutzen; ist er zum Beispiel bereit, für saubere Luft auch auf EG-Ebene neu und hart zu verhandeln?
- Bringt Wellmann die Einsicht mit, daß nachgeschalteter Umweltschutz nicht zum Ziel führt, daß vielmehr schon bei der Produktion ein Umstrukturierungsprozeß in Gang gesetzt werden muß, der abfallarme, emissionsarme, umweltfreundliche Technologien begünstigt und umweltschädliche entsprechend belastet? Wird er den Mut haben, die nötigen Instrumente für eine ökologische Erneuerung der Wirtschaft anzuwenden?

Nach Tschernobyl hat Umweltpolitik eine neue Dimension bekommen. Millionen Menschen ist zum ersten Mal bewußt geworden, daß es Techniken gibt, die nicht voll beherrschbar sind und die, außer Kontrolle geraten, an den Nerv des Lebens greifen. Vor der radioaktiven Wolke gibt es keine geschützte Ecke; sie ist grenzen- und zeitüberschreitend. Um des Überlebens willen muß die Menschheit von solchen Technologien wieder loskommen. Und wir, die industrialisierten, die reichen Völker müssen uns als erste besinnen und umkehren. Nur so können wir ein Beispiel geben und auch die ärmeren Länder der Dritten Welt überzeugen, daß nicht jede machbare Technik erlaubt ist und daß der Weg, der zur Umweltzerstörung führt, auch zur Selbstzerstörung führt.

Die Meßlatte ist hoch, die Verantwortung des ersten Bundesumweltministers groß. An seinen Taten sollt ihr ihn erkennen.

(-/4.6.1986/rs/ks)

* * *



Für einen Rechtsstaat skandalös

Zur Einstellung des Verfahrens gegen die bayerischen Minister Dick und Hillermeier

Von Hans Kolo MdL
Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD

Ich hatte wegen des Verdachts der unterlassenen Hilfeleistung nach dem Tschernobyl-Unglück gegen die bayerischen Minister Dick und Hillermeier Strafanzeige gestellt. Bereits nach gut einer Woche hatte die Staatsanwaltschaft München I die Ermittlungen eingestellt. Weil die Staatsanwälte in keiner Weise sorgfältig ermittelt haben, habe ich jetzt Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens erhoben: Die bisherige Sachbehandlung ist geeignet, das Vertrauen der Öffentlichkeit in eine sachgerechte und unparteiische strafrechtliche Beurteilung auch von CSU-Politikern durch die Staatsanwaltschaft zu erschüttern. Die Staatsanwaltschaft muß jetzt die gebotenen Ermittlungen nachholen und eine umfassende strafrechtliche Würdigung vornehmen.

Mein Vorwurf in der Strafanzeige gegen die beiden bayerischen Minister: Obwohl ihnen frühzeitig die Gefahren für die bayerischen Bürger bekannt waren, haben sie es versäumt, entsprechende Informationen an die Bevölkerung weiterzugeben. Weiter unterrichteten die Minister nicht die nachgeordneten Behörden, die Nahrungsmittelherzeuger und die Bevölkerung über mögliche Schutzmaßnahmen und Verhaltensvorschläge. Beiden Ministern wären auf Grund ihrer Informationslage die gebotenen Maßnahmen sofort möglich und damit zumutbar gewesen. Sie haben den Umfang der Gefahr bewußt verschwiegen und eine weitere Gefährdung der Bevölkerung in Kauf genommen. Wegen des zumindest „bedingt vorsätzlichen Verhaltens“ hatte ich am 13. Mai 1986 Strafanzeige gestellt, gestützt auf den Paragraphen 323 c des Strafgesetzbuches (StGB), nach dem „unterlassene Hilfeleistung“ strafbar ist.

Mehr als überrascht war ich, daß die Staatsanwaltschaft bereits wenige Tage später - am 22. Mai 1986 - mitteilte, die Strafanzeige werde nicht weiter verfolgt. Die Staatsanwaltschaft erklärte, daß die Informationen über die Meßergebnisse jeweils ohne Verzögerungen bekannt gegeben worden seien und auch die nachgeordneten Behörden informiert wurden. Für mich ist diese Einstellung eine grenzenlose Willfährigkeit gegenüber der Staatsregierung. Die Staatsanwaltschaft hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, den korrekten Sachverhalt zu ermitteln. Tatsache ist, daß die Staatsregierung erst 72 Stunden nach der Reaktorkatastrophe über eine mögliche Gefährdung der Bevölkerung informierte. Obwohl den zuständigen Ministern Zahlen über die konkrete Strahlenbelastung bekannt waren, ließen sie es zu, daß die Bürger drei Tage lang ohne Kenntnis der möglichen Schutzvorkehrungen den Strahlen ausgesetzt waren.

Damit wird die Staatsanwaltschaft zum Büttel der Staatsregierung. Für einen Rechtsstaat ist es skandalös, wenn jetzt die Staatsanwaltschaft München I der CSU-Staatsregierung für ihr Verhalten einen Persil-Schein ausstellt. In einer Beschwerde lege ich dar, wie die Staatsregierung ihr Wissen der Bevölkerung vorenthalten hat. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß die Staatsanwälte offensichtlich gar nicht ausreichend geprüft, sondern einfach die Erklärungen der Staatsregierung übernommen haben. Schon gar nicht hat sich die Staatsanwaltschaft mit der Gefährdung der Bevölkerung und Möglichkeiten, diese Gefährdung zu vermeiden, beschäftigt. Der Bürger hat gerade in einer so prekären Angelegenheit kein Verständnis dafür, wenn hier ohne die gebotenen Ermittlungen und eine strafrechtliche Würdigung das Verfahren eingestellt wird. (-/4.6.1986/rs/ks)



Zur Lage im „Revier“

Der Bund muß zur Bewältigung der von ihm mitverursachten Probleme aktiv beitragen

Von Heinz Menzel MdB

Viele der von Altindustrien geprägten Städte des Ruhrgebiets sind derzeit in einer sehr schwierigen finanziellen Situation. Die Gründe dafür sind vielzählig. Es ist höchste Zeit zu überlegen, wie diese finanziellen Probleme der Städte gelöst werden können, schon um den Menschen, die in diesen Regionen leben, die Lebensqualität zu erhalten.

Trotz aller Sparmaßnahmen kommen die von der Strukturkrise betroffenen Städte - das heißt die von Stahl und Kohle beherrschten Städte wie zum Beispiel Gelsenkirchen, Oberhausen, Duisburg, Dortmund - auf keinen „grünen Zweig“, was die Finanzsituation ihres kommunalen Haushaltes anbelangt. Es sind verschiedene Faktoren, wie die ungünstige Entwicklung der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur, die diese Finanzmisere hervorrufen.

Die Bevölkerungsverluste haben ihre hauptsächliche Ursache in den Arbeitsplatzverlusten, die ab den späten 50er Jahren besonders durch die Krise im Bergbau eingetreten sind. Dieser Verlust wird sich fortsetzen. Nach einer Prognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen wird sich die Zahl der im Bereich des Ruhrgebiets lebenden Menschen von 5.376.000 im Jahre 1982 auf 4.693.000 im Jahre 2000 reduzieren.

Die Arbeitslosenquote der betroffenen Städten liegt weit über dem Landesdurchschnitt (NRW) von 10,7 Prozent.

Stand März 1986

Gelsenkirchen	15,7 Prozent
Oberhausen	13,7 Prozent
Dortmund	17,4 Prozent
Duisburg	15,7 Prozent.

Das bedeutet für diese Städte eine Vielzahl an Arbeitslosen zuzüglich Familienangehörige, die enorme soziale und materielle Probleme haben. So hat sich die Zahl der Arbeitslosenhilfe-Empfänger in der Stadt Gelsenkirchen seit 1981 folgendermaßen entwickelt:

1981	2.388	Arbeitslosenhilfe-Empfänger
1982	3.627	Arbeitslosenhilfe-Empfänger
1983	5.759	Arbeitslosenhilfe-Empfänger
1984	7.657	Arbeitslosenhilfe-Empfänger
1985	8.191	Arbeitslosenhilfe-Empfänger.

Besonders deutlich wird die zunehmende Belastung der Stadt Gelsenkirchen bei den laufenden Sozialhilfeleistungen (Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen). Hier nahmen die Pro-Kopf-Ausgaben in Gelsenkirchen von 112 DM im Jahre 1976 auf 236 DM im Jahre 1984 um 110,1 von Hundert zu. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Anstieg von rund 35,6 Millionen DM auf rund 67,9 Millionen DM.

Die hohe Zahl der Arbeitslosen wirkt sich ebenso wie die hohe Zahl der Sozialhilfeempfänger sehr nachteilig auf die in den Kommunen vorhandene Kaufkraft und damit auf den Einzelhandel und den Dienstleistungsbereich aus.

In großem Maße mitverantwortlich für die Finanzmisere der Städte ist desweiteren die Steuer-Misere in der „Wiege der Ruhrindustrie“. Hier sind besonders die „politischen Korrekturen“ angesprochen. Bei der Gewerbesteuer zum Beispiel wurde der Kreis der Steuerpflichtigen durch die Anhebung der Freibeträge mehrfach eingeschränkt. Mit der Streichung der Lohnsummensteuer seit 1980 ist eine weitere Einnahmequelle der Gemeinden weggefallen, für die kein Äquivalent geschaffen wurde.

Die Lösung der Probleme dieser Region ist aber nicht allein eine Frage die das Land Nordrhein-Westfalen angeht; hier kann der Bund sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen. Politische Korrekturen müssen erfolgen, sonst werden die strukturschwachen Kommunen permanent ohne eigenes Verschulden hinter einer allgemein festzustellenden Besserung der kommunalen Finanzsituation hinterherhinken.

Die grundgesetzliche Verpflichtung „gleiche Lebensbedingungen für alle Bürger zu schaffen“ wird in Frage gestellt, wenn die Kommunen durch ihre defizitäre Haushaltslage gezwungen sind, soziale Einrichtungen wie Jugendheime, Schwimmbäder, Theater und so weiter zu schließen. Das wäre eine Einschränkung des Angebotes der öffentlichen Hand, durch die die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Gemeinden drastisch verschlechtert würden.

Die Gemeinden selbst sind nicht in der Lage, ihre Finanzsituation durch entsprechende Einnahmeerhöhungen beziehungsweise Ausgabenkürzungen zu bereinigen. Sie liegen mit ihren Gewerbesteuer-sätzen an der Grenze des der Wirtschaft zumutbaren.

Wenn auf der einen Seite Gemeinden in der Bundesrepublik in der Lage sind, ihre Gewerbesteuer zu senken, und andere sie bis an die Grenze des wirtschaftlich zumutbaren erhöhen müssen, droht ein Investitionsgefälle, das wiederum zu einer Verschlechterung der Finanzsituation der ohnehin schon armen Gemeinden führt.

Die betroffenen Gemeinden und die dort lebenden Menschen haben einen legitimen Anspruch auf einen entsprechenden Ausgleich, damit vergleichbare Lebensbedingungen erhalten bleiben. Ähnlich wie es bei der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ der Fall ist, müßten solche Gemeinden zusätzliche Hilfen erhalten.

Eine Abhilfe könnte aber auch dadurch erfolgen, daß der Bund die Kosten der Sozialhilfeausgaben der Kommunen übernimmt und die Gemeinden damit von einem Ausgabeposten - auf den sie keinen Einfluß haben - entlastet.

Sollte der Gesetzgeber nicht bereit sein, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Gemeinden nicht mehr mit denen in anderen Gebieten vergleichbar sind, sollten die Kommunen prüfen, ob die durch die notwendigen Sparmaßnahmen eingetretenen Verhältnisse noch mit unserer Verfassung im Einklang stehen.

(-/4.6.1986/rs/ks)

